

auch von Kündigungen. Zuerst wurde versucht, Arbeiter und Angestellte im ganzen Werk unterzubringen. Aber wer soll denn jemanden aufnehmen, wenn er selbst abbauen muß?

Es geistern Listen herum, auf denen Namen von (angeblich) Gekündigten stehen. Aber keiner weiß wirklich, wen es treffen wird. Ja, wenn wenigstens mehr Arbeit da oder in Aussicht wäre! Oft halte ich die Spannung nicht mehr aus; mein Magen tut so weh, daß ich mich für Stunden niederlegen muß. Viele Kollegen kündigen selber, sind bedrückt, manche laufen und hasten viel, um ja nicht aufzufallen. Manche bekommen die Verständigung, daß sie nicht mehr gebraucht werden; viele sind froh, daß die Ungewißheit ein Ende hat, wirken eher gelöst – und ich warte wieder, ob ich beim nächsten Schub dabei sein werde. Es kommen nicht nur Junge dran, auch bei den Älteren trifft es einige. Ich bekomme so manchen Anruf, ob ich da oder dort intervenieren kann. Der eine droht mit Selbstmord, dem anderen stürzt die Welt zusammen, manche sind mitten im Hausbauen – und plötzlich ohne Arbeit.

Und immer wieder trifft es die „Kleinen“, während es innerhalb der Betriebsleitung keinerlei Abbau gegeben hat, obwohl in den letzten drei Jahren insgesamt ein Abbau von ca. 60% stattgefunden hat. (Vor drei Jahren waren wir noch ca. 2400 Mitarbeiter.)

Jetzt ist wieder eine Beratungsfirma damit beschäftigt, zu untersuchen, wie viele Leute noch zuviel „herumlaufen“. Und viele warten wieder gespannt auf das Ergebnis. Wieder ein Bangen und Hoffen, eine Unsicherheit, die schwer auszuhalten ist, die demotivierend wirkt.

Ich habe mir die Situation nie so schwer vorgestellt, muß aber jetzt damit leben. Oder ich versuche es zumindest, mich mit dem Gedanken abzufinden, daß auch ich ohne Arbeit dastehen werde.

Ernst Gutting

„Nur noch die Kirche kann uns helfen“

Kirche im Dienst des Menschen

Im folgenden schildert Weihbischof Gutting kurz, wie mit Hilfe der Kirchen die Schließung eines Flugtechnischen Werkes in Speyer verhindert werden konnte. Vor allem aber bietet er Begründungen, warum sich die Kirche – bis hinauf zur Kirchenleitung – in solchen Fällen für die Rechte der Arbeiter einsetzen muß.

red

Am 3. Dezember 1975 kamen der Betriebsratsvorsitzende und eine Abordnung des Betriebsrates von den Vereinigten Flugtechnischen Werken (VFW) zu mir, um mich über die neuesten Pläne der Zentralgesellschaft von VFW-Fokker und die daraus sich ergebenden Folgen für das Werk Speyer zu informieren. Die Belegschaft des Speyerer Werkes war bereits von rund 1700 Arbeitnehmern auf 1350 reduziert worden. Die Aufhebung von weiteren 900 Arbeitsplätzen war geplant. Für Sachkundige in diesem Bereich war es völlig klar, daß dies im Grunde das Todesurteil für das VFW-Werk Speyer bedeutete.

Die wichtigste, mich im Gewissen aufschreckende Feststellung bei diesem Gespräch war die Aussage des Betriebsratsvorsitzenden: „Jetzt kann uns nur noch die Kirche helfen.“ Damit war der Startschuß zum Einsatz der Kirche für die Erhaltung der Arbeitsplätze bei VFW in Speyer gefallen. Es begannen die Initiativen, von den Kirchen gemeinsam getragen, die nach dreijährigem Kampf gegen die geplanten Betriebseinschränkungen den Sieg wirtschaftlicher Prinzipien über sittliche Prinzipien verhinderte. Im Rückblick auf die Möglichkeit und Notwendigkeit dieses Einsatzes der Kirchenleitungen in Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Laien und Organisationen in diesem Bereich sprach man bald außerhalb unseres Bistums vom „Modell Speyer“. Die Ängste und Sorgen der unmittelbar bedrohten Arbeiter, ihrer Familien und der Bevölkerung einer Stadt und ihrer Umgebung sind nun gebannt. Wenn das Werk Speyer erhalten blieb

– was in diesem Fall mit Sicherheit ohne den Einsatz der Kirchen nicht gelungen wäre –, dann soll hier nicht ein Konzept der Strategie des Erfolges vorgelegt werden. Denn auch in diesem Falle gilt für eine Aktion aus der Verpflichtung unseres Glaubens das Wort, daß „Erfolg keiner der Namen Gottes ist“. Mindestens Erfolg nicht so verstanden, daß man nur die äußere Seite kirchlichen und gläubigen Handelns einschließlich eines äußerlich erreichten bzw. nicht erreichten Zieles betrachtet.

Ein erster intensiver Einsatz, bei dem die Arbeiter- und Betriebsseelsorge den Weihbischof mit einschaltete und wir die Schließung des Zweigwerkes der Schuhfabrik Salamander in Speyer zu verhindern suchten, führte zu keinem Erfolg. In diesem Fall ging die Konzernleitung über das Schicksal von 400 Beschäftigten hinweg. Sie fühlte sich allerdings sehr verwundet und moralisch diskriminiert. Damit bestätigte sie ungewollt, daß ihre Maßnahmen der Rationalisierung jene Normen humaner Gesellschafts- und Sozialpolitik verletzen, die das Konzil so formuliert hat: „Ursprung, Träger und Ziel aller sozialer Institutionen ist und muß bleiben die menschliche Person.“

Warum muß die Kirche hier handeln?

Der entscheidende Wert eines Engagements der Kirche liegt in der Tatsache des Einsatzes selbst. Hier muß uns Christen, erst recht belehrt durch das Leben und Beispiel Christi, ein Grundsatz Gandhis selbstverständlich sein: Gandhi war der Auffassung, daß man sein eigenes Handeln in der Wurzel bereits verfälscht, wenn man vorher Erfolg oder Mißerfolg seines Tuns mit einkalkuliert und sein Handeln dann davon abhängig macht.

Zwei Fragen mußten wir uns beantworten, bevor Amtsträger der Kirche aktiv wurden. Muß die Kirche hier handeln? Unter welchen Voraussetzungen kann die Kirche hier handeln? Wenn schon ein Betriebsratsvorsitzender, der kein Mitglied der Kirche ist, sondern eher marxistische Thesen vertritt – von dem man deshalb am wenigsten einen Hilferuf an die Kirche erwartet hätte –, sich an Mitglieder der Kirchenleitung mit der Bitte um Hilfe wendet, dann beginnt für uns bereits eine moralische Verpflichtung. Es sei denn, man wendet sich an Bischöfe, wo man zu Chirur-

gen gehen müßte. Irrtümer dieser Art könnte man aber jedermann klarmachen.

Für die Notwendigkeit einer Intervention der Kirche gibt es genug zwingende Gründe. Die Frage der *Sachkompetenz* ist in solchen Fällen tatsächlich ein Problem, das geklärt werden muß und auch geklärt werden kann. Natürlich wird die Konzernleitung als angegriffene Seite versuchen, sich damit zu verteidigen, daß sie der Kirche Einmischung in Fragen der Wirtschaft vorwirft, die sie nicht beurteilen kann. Die Beweislast dieser Behauptung liegt dann natürlich bei denen, die mit diesem Argument die Kirche ausschalten möchten.

Die Notwendigkeit eines Engagements der Kirche, wenn es um die Lösung von sozial-ethischen Problemen im Wirtschafts- und Arbeitsleben geht, wenn es gilt, Grundrechte des arbeitenden Menschen nicht nur zu artikulieren, sondern auch zu verteidigen – diese Notwendigkeit wird generell von der Arbeiterschaft bejaht, wenn auch weithin eine gewisse Resignation bei Arbeitern vorherrscht, in der man von der Kirche kaum noch eine Hilfe erwartet. Umgekehrt reagierte man bei den Konzernleitungen allergisch, entrüstet und mit Vorwürfen, die der Kirche die Sachkompetenz und das Recht zur Einmischung bestreiten wollten. Daß es jedoch nicht nur um ethisch neutrale Sachfragen geht, beweist die Verwundbarkeit der Verantwortlichen, die sich von der moralischen Autorität der Kirche plötzlich mit ihren Behauptungen von einer wertfreien Eigengesetzlichkeit technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen und Zwänge in Frage gestellt sahen. Der Appell der Arbeiter, „jetzt kann uns nur noch die Kirche helfen“, entsprang genau dem richtigen Empfinden für die Bedeutung der moralischen Autorität der Kirche, die, von allen Interessen und Zwängen frei, für die Würde und Rechte aller Menschen in allen Bereichen, besonders jener, die am hilflosesten und abhängigsten sind, einzutreten hat. Damit ist schon grundsätzlich die Notwendigkeit des Einsatzes der Kirche, wo immer es um die Würde und Rechte des Menschen geht, unterstrichen. Stand dies theoretisch überhaupt jemals in Frage? Wenn man auf die Aussagen der Kirche blickt, in denen die Notwendigkeit eines Einsatzes der Verantwortlichen der Kirche zusammen mit Laien

direkt und indirekt gefordert wird, kann die Antwort nur ein eindeutiges „Nein“ sein. So schreibt Papst Johannes Paul II. in seiner Enzyklika „Erlöser des Menschen“: „Die Kirche darf am Menschen nicht vorbeigehen“ (14), dessen Geschick unlöslich mit Christus verbunden ist. Jesus Christus ist „der Zugang zu jedem Menschen. Auf dieser Straße, die von Christus zum Menschen führt, auf der Christus jedem Menschen zur Seite tritt, darf sich die Kirche von niemandem aufhalten lassen“. Der Papst kennt oder anerkennt nichts, was die Kirche aufhalten dürfte, im Namen Christi, d. h. in seiner leidenschaftlichen Liebe und dem daraus entspringenden Einsatz, dem Menschen für die Befreiung zu seinem wahren Menschsein zur Seite zu treten. „Das fordert das zeitliche wie auch das ewige Heil des Menschen.“ Sich nur für das ewige und nicht auch für das zeitliche Heil des Menschen einzusetzen, wäre eine verhängnisvolle Verkürzung unseres Auftrages. In diesem Einsatz für alle Dimensionen des menschlichen Lebens ist der Mensch „der erste und grundlegende Weg der Kirche“ (14), woraus die weitere Konsequenz gezogen wird: „Da also der Mensch der Weg der Kirche ist . . . , muß sich die Kirche immer wieder neu die ‚Situation‘ des Menschen bewußtmachen. Sie muß seine Möglichkeiten kennen, die eine immer neue Richtung nehmen und so zutage treten; zugleich aber muß die Kirche die Bedrohungen kennen, die über dem Menschen hängen. Sie muß sich all dessen bewußt sein, was offenkundig dem Bemühen entgegensteht, das Leben der Menschen immer humaner zu gestalten, damit alle Bereiche dieses Lebens der wahren Würde des Menschen entsprechen. Mit einem Wort, die Kirche muß alles kennen, was diesem Prozeß entgegensteht.“ Die Enzyklika spricht dann ausführlich über die Menschenrechte, die es wegen der in Christus begründeten Würde der menschlichen Person zu schützen, zu verteidigen und zu entfalten gilt. Sie nennt ausdrücklich die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Dort heißt es aber in Artikel 23 (1): „Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“

Es dürfte nicht schwer sein, im Falle der so gut wie geplanten Schließung des Werkes

von VFW in Speyer die Verletzung dieser Grundrechte nachzuweisen. Selbst wenn wirtschaftliche Zwänge ein Ausmaß angenommen haben, daß es nicht mehr in der Macht einzelner Betriebe liegt, sich immer als oberstes Prinzip ihrer Entscheidungen im Wirtschaftsleben an der Würde und den Rechten des Menschen zu orientieren, dann ist es umso mehr unsere prophetische Aufgabe als Kirche, die Unmenschlichkeit eines gesamten Systems zu brandmarken, dessen Opfer, aber nicht mehr Ziel der Mensch ist. Rationalisierung, Gewinnsteigerung und Konzentration sind keine Rechtfertigung (auch wenn sie zu Zwängen geworden sind) für Unterdrückung und Degradierung des Menschen zu einem Betriebsfaktor. Die Enzyklika sagt: „Wenn wir es wagen, die Situation des Menschen in der Welt von heute als noch fern von den objektiven Forderungen der sittlichen Ordnung, von den Forderungen der Gerechtigkeit und mehr noch von der sozialen Liebe zu bezeichnen, so geschieht es deswegen, weil dies von den allgemein bekannten Tatsachen und Gegenüberstellungen bestätigt wird . . .“ (16)

Wenn im Falle von VFW die immer wieder von der Konzernleitung ins Spiel gebrachten „Zwänge“ ein absolutes Diktat gewesen wären, dann hätte man alle Proteste und Interventionen als verständliche, aber praktisch völlig zwecklose Aktionen übergangen. Warum flog die Konzernleitung von Bremen eigens zu Verhandlungen mit den Kirchenleitungen nach Speyer, die keine Klarheit brachten? Hingegeben sind die Vorschläge des Betriebsrates, der uns das Material der hier mit Sachkompetenz ausgestatteten Laien lieferte, weder in Bonn noch in Bremen richtig zur Kenntnis genommen oder klar widerlegt worden. Der Erfolg des moralischen Drucks unserer Initiativen zur Rettung der Arbeitsplätze von VFW, zur Verhütung, daß Speyer Notstandsgebiet wird, hat alle am Menschen vorbei und auf seine Kosten geplanten Maßnahmen Lügen gestraft. Wenn sie nicht zu verhindern gewesen wären, dann wären sie auch nicht verhindert worden. Im Fall VFW haben die von der Kirche unterstützten und mitgetragenen Initiativen für dieses Mal jenem höchsten Prinzip, das in dem Dokument des Konzils „Die Kirche in der Welt von heute“ zu finden ist, zum Siege verholfen: „Die Ordnung der Dinge

muß der Ordnung der Personen dienstbar gemacht werden, und nicht umgekehrt“ (26). Es gelang hier eine leider auch nur durch moralischen Druck erzwungene „wirtschaftliche Mitbestimmung“ durch „aktive Beteiligung aller an der Unternehmensgestaltung“ (68), die man in Wirklichkeit zu verhindern suchte.

Roland Breitenbach

Das Evangelium zu den Menschen

Die Aktion 1,5% in Schweinfurt

Hier wird von einem Zeichen der Solidarität von Menschen mit gesicherter Arbeit und gesichertem Einkommen (nämlich von Seelsorgern) mit Arbeitslosen berichtet, das zwar nicht die Arbeitslosigkeit beheben, aber doch die Distanz von Kirche und Arbeiterschaft etwas abbauen helfen kann. red

Bald ins zehnte Jahr geht eine bemerkenswerte Arbeitsloseninitiative, die zwölf Schweinfurter Geistliche zum Beginn der Fastenzeit 1979 gestartet haben. Dieses Dutzend Pfarrer, Kapläne und Religionslehrer war betroffen von der hohen Arbeitslosenzahl in der Kugellagerstadt, die mit der Monostruktur ihrer Industrie stark von der Konjunktur des Autos abhängig ist.

Sie waren nicht nur betroffen, sie handelten auch: Auf ein Sonderkonto führten sie monatlich 1,5% ihres Bruttogehalts ab; jenen Betrag, den ein Arbeitnehmer damals für seine Arbeitslosenversicherung bezahlen mußte. Die Geistlichen, die nicht arbeitslos werden konnten, wollten damit zunächst ein Zeichen der Solidarität setzen und auf ein finanzielles Privileg verzichten, das sie mit den Beamten teilen.

Nach diesem Solidaritätsbeitrag bekam die Initiative ihren Namen: „Aktion 1,5%“. Bislang wurden über 100.000 DM aufgebracht und ausgegeben.

Mit einer Verzögerung von etlichen Jahren wurde dann in der Diözese Würzburg (wie auch anderswo) ein ähnlicher Fonds gegründet, der vornehmlich mit Kirchensteuermit-

teln ausgestattet ist. Zwischen beiden Aktionen gibt es (noch) keine Kontakte.

Der Hintergrund: Bittere Erfahrungen bei der Begegnung mit Arbeitern

Die Aktion 1,5% hat sich die wichtige Aufgabe zum Ziel gemacht, das Kleinklima zwischen Kirche und Arbeitswelt im Industrie-raum Schweinfurt zu verbessern. Einige bittere Erfahrungen bei der Begegnung mit Arbeitnehmern machten die Notwendigkeit der Klimaverbesserung besonders deutlich:

1. Es gibt zwar Arbeitnehmer, die als einzelne oder mit ihrer Familie zur Kirche stehen und in der Gemeinde mitarbeiten. Die Arbeitnehmer „als Klasse“ haben keine Heimat in der Kirche. Papst Pius XI. sprach in diesem Zusammenhang von einem „fortwährenden Skandal“. Nach der Beurteilung der Würzburger Synode hegt der Arbeitnehmer den „unausrottbaren Verdacht, die Kirche halte es mit den Reichen und Mächtigen . . .“, die Kirche sei gegen die Arbeiter; für den marxistisch beeinflussten Arbeiter ist die Kirche der Klassenfeind“.

Da die Arbeitnehmer in der Kirche keine Heimat haben, erwarten sie auch wenig oder nichts von dieser Kirche zur Lösung ihrer Probleme.

2. Dies gilt besonders für die Arbeitslosen; am deutlichsten für die arbeitslosen Jugendlichen. Da sich die Kirche wenig für die Probleme der Arbeitswelt interessiert, obwohl ihr das umfangreiche Instrumentarium einer eigenen Soziallehre zur Verfügung steht, weiß sie auch nicht, wo und wie sie ansetzen sollte. Damit sieht es für die letzten in der Rangliste unserer Gesellschaft recht trostlos aus, vor allem, wenn noch der Drogenmißbrauch hinzukommt oder bereits eine Kriminalisierung stattgefunden hat.

3. Vielen Gemeinden bleiben die Problemfälle unbekannt. Sätze wie „In unserer Gemeinde gibt es keine Arbeitslosen“, „Wer wirklich arbeiten will, bekommt Arbeit!“, „Schließlich gibt es Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ verraten die ganze Unwissenheit. Die schon vor der materiellen Notlage stehende seelische Not durch die Angst, arbeitslos zu werden oder den gewohnten Arbeitsplatz verlassen zu müssen, wird noch eher übersehen.